

Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden-Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und fossilfreie Zeitalter

„Der Mensch braucht die Natur, die Natur den Menschen nicht. Der Mensch ist Teil der Natur, er ist ihr nicht übergeordnet. Erst wenn er das begreift, hat er eine Überlebenschance.“ (Richard von Weizsäcker)

I. Menschheitsfrage Klimaschutz

Wir stehen am Scheidepunkt. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob wir die Klimakrise noch eindämmen können, oder ob es nur noch darum geht, mit ihren Folgen fertig zu werden. Die Folgen haben wir in Baden-Württemberg im vergangenen Sommer erlebt. 2018 war das wärmste Jahr in Baden-Württemberg seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Ein Hitzerekord folgt mittlerweile dem anderen, die wärmsten Sommer fielen allesamt auf die vergangenen 20 Jahre. Die Folgen: Rekord-Trockenheit, Ernteausfälle, Niedrigwasser, Wasserknappheit. Der Bodensee, das schwäbische Meer, wird immer wärmer. Wir können damit umgehen, noch.

Zahlreiche Arten und ganze Ökosysteme sind mittlerweile durch die Klimakrise bedroht – von den Korallenriffen bis zum heimischen Braunkehlchen und Auerhuhn. Unser Klimasystem steht kurz davor, kritische Schwellenwerte zu erreichen. Sind diese Kipppunkte erreicht, gibt es keinen Weg zurück. Dann nutzen uns die beste Technik und die originellsten Ideen nichts mehr. Dann wird sich unser Ökosystem dramatisch und katastrophal verändern. Unser Planet wird das verkraften. Wir nicht.

Wir wissen das alles. Es ist untersucht und vielfach wissenschaftlich belegt. Aber die Bundesregierung handelt wie viele andere Regierungen einfach nicht. CO₂ ist unter den Treibhausgasen der größte Treiber der Klimakrise. Trotzdem ist es immer noch nahezu kostenlos, unseren Planeten aufzuheizen. Die Energie- und Verkehrswende werden verschleppt, der Ausbau der Erneuerbaren wird von der Bundesregierung ausgebremst. Und die schmutzigsten Kohlekraftwerke laufen weiterhin.

Wir Grüne haben wie viele andere verstanden. Der Klimaschutz ist eine Menschheitsfrage. Die Zeit drängt. Das spüren immer mehr Menschen und sie sind bereit zu handeln. Die Fridays-for-Future-Bewegung macht das sehr deutlich. Darin liegt unsere Chance.

Der Schutz unseres Klimas und damit unserer eigenen Zukunft kann das einende Band unserer Gesellschaft sein. Das Pariser Abkommen und der IPCC Special Report zeigen, dass das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen ist. Um dies realistisch zu erreichen, braucht es allerdings eine radikal andere Politik. Die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen ist Grundlage und Rahmen unserer Politik. Der Klimaschutz kann Innovationstreiber für die Wirtschaft sein, zum Auftragsmotor für das Handwerk werden. Er kann zu einer umfassenden Modernisierung unserer Infrastruktur und unserer Gebäude führen. Er kann unsere Energieversorgung enkeltauglich machen. Die Klimakrise erzeugt genau den Innovationsdruck, den wir benötigen, um den technologischen Sprung nach vorne zu machen. Wer heute innovative Klimaschutztechnik entwickelt, ist der Marktführer von morgen. Die Klimakrise kennt keine Grenzen. Der Bedarf an emissionsarmen Antrieben, an klimafreundlichen Produktionstechniken, an ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen, an Komponenten für Erneuerbare-Energie-Anlagen oder an Wärmedämmung wird weltweit steigen. Klimaschutz ist die Grundlage der Zukunft und Klimaschutz ist

der Markt der Zukunft. Und wir können führend sein. Ökonomisch und ökologisch. Wir können Wohlstand schaffen, indem wir unser Klima schützen und gleichzeitig die soziale Spaltung verhindern. Denn überall auf der Welt haben diejenigen mit geringen finanziellen Mitteln die geringsten Möglichkeiten, sich vor den Auswirkungen der Klimaveränderung zu schützen. Öl ist das Schmiermittel der alten Welt. Der Klimaschutz ist der Innovationstreiber der neuen Welt. Und sichert die Überlebensfähigkeit unserer Kinder und Enkel.

Klimaschutzpolitik ist für uns auch soziale Politik. Wir gestalten den Strukturwandel hin zu einer ökologischen Gesellschaft sozial gerecht. Wir bieten denjenigen eine Perspektive, die am stärksten von den Veränderungen betroffen sind.

Wir setzen uns in Baden-Württemberg für eine politische Mehrheit ein, um eine „Erklärung des klimatischen Notfalls“ auszurufen. Dies ist ein öffentlich wirksames Signal, mit dem wir zeigen, dass wir die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von allerhöchster Priorität ansehen. Darüber hinaus kommunizieren wir öffentlich die Risiken, dass aus der „Klimakrise“ eine „Klimakatastrophe“ wird, wenn es uns nicht gelingt, alle Teile der Gesellschaft zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele ins Boot zu holen.

II. Transformation konkret – Klimawende gestalten, Wirtschaft stärken und Wohlstand sichern

Die grün-geführte Landesregierung hat den Klimaschutz ins Zentrum der Politik gerückt und die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft seit 2011 entschlossen vorangetrieben. Wir haben als eines der ersten Länder überhaupt ein Klimaschutzgesetz verabschiedet und so dafür gesorgt, dass der Klimaschutz in Baden-Württemberg Gesetzesrang hat. Grün macht ganz klar den Unterschied. Seit wir Grüne an der Regierung sind, hat sich die in Baden-Württemberg erzeugte Strommenge aus Windkraft verdreifacht. Wir könnten viel weiter sein, würden die neuen Ausschreibungsregeln der CDU-geführten Bundesregierung den Windkraftausbau in Süddeutschland nicht seit 2017 ausbremsen. Wir sorgen dafür, dass Dachflächen und geeignete Freiflächen stärker zur Erzeugung von Sonnen-Strom genutzt werden. Die Landesregierung baut Solar auf landeseigenen Dächern aus, mittlerweile sind 100.000 Quadratmeter bedeckt. Nirgendwo sonst in Deutschland wird so viel in energetische Gebäudesanierung investiert wie bei uns, bei der Energieeffizienz ist Baden-Württemberg Spitzenreiter. Nach einer aktuellen Studie der „Agentur für Erneuerbare Energien“ liegt Baden-Württemberg bei der Energiewende bundesweit auf Platz 1.

Bei der eigenen Verwaltung geht die Landesregierung mit gutem Beispiel voran. Seit Beginn des Jahrzehnts hat die Landesverwaltung ihre Treibhausgasemissionen um rund ein Drittel reduziert. Mit Kalifornien wurde eine schlagkräftige internationale Klimaallianz der Regionen – die Under-2-Koalition – aus der Taufe gehoben. Daraus ist inzwischen ein weltumspannendes Bündnis geworden: Über 220 Regionen und Metropolen mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohner*innen und über einem Drittel der weltweiten Wirtschaftskraft sind Teil der Koalition, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. Im Rahmen der Initiative verpflichteten sich Länder und Regionen auf subnationaler Ebene auf Mindestziele, so bleiben etwa bedeutende US-Staaten wie Kalifornien und New York Teil des internationalen Klimadialogs, auch nach einem Austritt der USA aus dem Pariser Vertrag. Auch mit dem Vermögen des Landes betreibt die Landesregierung Klimaschutz, indem sie die Rücklagen für Pensionen nachhaltig anlegt. Das bedeutet einen Investitionsstopp für die Geschäftsfelder, die den Klimaschutzzielen entgegenstehen.

Weil grüne Technologien längst Wachstumstreiber und Exportschlager sind, unterstützt die grün-geführte Landesregierung die Unternehmen, ihre Spitzenposition bei grünen Technologien und Ressourceneffizienz

weiter auszubauen, etwa mit dem Think Tank Ressourcenstrategien. Hier entwickeln Wissenschaft und Unternehmen Hand in Hand die Technologien und Produktionsverfahren von morgen.

Die grün-geführte Landesregierung hat ganz konkrete Weichen gestellt, um Baden-Württemberg zum Vorreiter einer neuen nachhaltigen Mobilität zu machen. Die Neuvergabe der Nahverkehrsnetze hat für besseren Schienennahverkehr gesorgt – für weniger Geld. Mit dem neuen BW-Tarif kann jede und jeder mit einem einzigen Ticket durch alle 22 Verkehrsverbünde in Baden-Württemberg fahren – im Schnitt um 25 Prozent günstiger. Ein bundesweit einmaliges Maßnahmenpaket sorgt für saubere Luft in den Städten und besseren Klimaschutz im Verkehr, rund 450 Millionen Euro werden investiert in einen besseren und preiswerteren ÖPNV, in elektrische Busse, in intelligente Verkehrssteuerung und mehr Park-and-ride-Parkplätze. Das emissionsfreie Auto der Zukunft soll „Made in Baden-Württemberg“ sein. Deshalb hat unser Ministerpräsident als erster einen Strategiedialog zur Transformation des Automobils gestartet, ein deutschlandweit einzigartiges Format. Die Landesregierung treibt die wichtigen Schlüsseltechnologien entschlossen voran, u. a. schafft sie mit neuen Stromtankstellen ein flächendeckendes Ladenetz für Elektroautos und investiert in Batterie- und Wasserstoffforschung. Die Förderung des Fahrrads als umweltfreundliches und gesundes Verkehrsmittel nimmt endlich den Platz ein, den sie verdient. Zum Ausbau der kommunalen Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur wurden 93 neue Projekte in das Förderprogramm 2018 bis 2022 aufgenommen, dafür stehen insgesamt 46 Millionen Euro zur Verfügung.

1. Klimaneutrales und fossilfreies Baden-Württemberg zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels

Um das Paris-Abkommen einzuhalten, müssen wir auch in Baden-Württemberg an Tempo zulegen. Zwar wurden in den letzten Jahren gerade beim Ausbau erneuerbarer Energien gute Fortschritte erzielt. In anderen Bereichen wie Verkehr oder Gebäudewärme sind wir aber vom Erreichen der Klimaziele noch weit entfernt. Es bedarf daher größter Kraftanstrengungen auf allen politischen Ebenen und in der Zivilgesellschaft. Nach dem Konzept des Carbon Budgets hat Baden-Württemberg nur noch 610 Millionen Tonnen CO₂ zur Verfügung, gerechnet ab 1.1.2018. Bei gleichbleibendem Ausstoß wäre dieses Budget schon 2024 aufgebraucht. Mit jedem neuen IPCC-Bericht muss das verbleibende Carbon Budget angepasst werden.

Unser Schrittmacher: das neue Klimaschutzgesetz. Die Eckpunkte hat die grün-geführte Landesregierung beschlossen. Mit dem Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEEK) erarbeitet sie unter Beteiligung der Bürger*innen ein ambitioniertes Maßnahmenpaket dazu. Das IEKK stellt die konzeptionelle Grundlage für die Energie- und Klimapolitik in Baden-Württemberg dar. Unser Ziel: unsere Emissionen bis 2030 um mindestens 42 Prozent zum Basisjahr 1990 zu senken. Um dem Pariser Klimaabkommen gerecht zu werden und schnellstmöglich ein klimaneutrales Baden-Württemberg zu erreichen, müssen wir diese Ziele weiterentwickeln. Ambitionierter Klimaschutz ist eine Chance. Denn als Innovationsstandort ist unser Land in einer Vorreiterrolle. Gutes Klima, gute Wirtschaft. Wir wollen zeigen, dass der Schutz des Klimas die Basis für langfristig erfolgreiches Wirtschaften ist. Gemeinsam mit Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften werden wir die Entwicklung fossilfreier Technologien weiter fördern und zur Marktreife bringen.

Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild sein, indem Landes- und Kommunalverwaltungen bis 2030 weitgehend klimaneutral arbeiten. Hierbei unterstützt der Klimaschutzpakt des Landes, dem sich bereits ca. 250 Städte und Gemeinden angeschlossen haben. Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz gestärkt werden. Alle zur Entscheidung anstehenden Planungen und Baumaßnahmen sind auf

ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen, bevor eine politische Entscheidung über die Umsetzung erfolgt. Außerdem braucht es wirksame Sanktionsmaßnahmen bei Nichteinhaltung von Klimazielen.

Wir wollen in Baden-Württemberg so viel Treibhausgas wie möglich einsparen. Was wir darüber hinaus in Baden-Württemberg durch CO₂-Senken, wie zum Beispiel Moore oder die Rückgabe zuvor versiegelter Flächen an die Natur, kompensieren können, wollen wir vor Ort umsetzen. Sollte es noch Bedarf für zusätzliche CO₂-Kompensationen geben, sollen diese aus Senken innerhalb der Europäischen Union kommen und die zusätzliche, langfristige und nachhaltige Bindung von Treibhausgasen sicherstellen.“

Um Klimaschutz die Bedeutung zukommen zu lassen, die er verdient, wollen wir für Infrastruktur und andere bedeutsame Projekte in Baden-Württemberg einen Klimavorbehalt. Damit sollen alle zukünftigen Vorhaben und Gesetze auf Bundes- und Landesebene auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft werden. Das Pilotprojekt Gemeinwohlbilanz, das derzeit im Land in der Umsetzung ist, werden wir evaluieren und unter Berücksichtigung der Erfahrungen weiter ausweiten.

Auf die Kommunen kommt es an. Ob bei der Strom- und Wärmewende, energetischen Gebäudesanierungen, ressourcenschonendem Bauen, nachhaltiger Stadtentwicklung oder klimafreundlicher Mobilität. Und durch Projekte in der Kommune wird der Klimaschutz vor Ort greifbar, nachvollziehbar, erlebbar. Das Land unterstützt sie mit passgenauen Förderprogrammen wie „Klimaschutz Plus“, die weiter aufgestockt werden müssen. Wir wollen eine Prüfung, ob die bisher im neuen Klimaschutzgesetz vorgesehene Verpflichtung für die kommunale Wärmeplanung auf weitere klimarelevante Bereiche und Maßnahmen übertragen werden kann.

Es muss endlich für CO₂ und alle weiteren relevanten Treibhausgase (im Folgenden zusammengefasst als CO₂ bezeichnet) in allen Sektoren einen einheitlichen Preis geben. Einen Preis mit Lenkungswirkung. Wir unterstützen den Vorstoß der Bundesgrünen und der grün-regierten Länder einen Preis für den Ausstoß von CO₂ einzuführen. Nur wenn die Preise die ökologisch notwendige Lenkungswirkung haben, können wir unsere Lebensgrundlagen erhalten. Wir wollen nach dem Grundsatz handeln: Die alte Energiewelt finanziert die neue. Hier muss der Bund aktiv werden. Auf fossile Kraft- und Brennstoffe wird ein Preisaufschlag erhoben, der über die Zeit anwächst. Ein Preis von 180 Euro pro Tonne entsprächen den aktuell geschätzten Folgekosten, die eine Tonne CO₂-Emissionen verursacht. Wir könnten uns einen Einstiegspreis von 50-60 Euro pro Tonne vorstellen, der jedes Jahr um ca. 10 Euro ansteigt. Es ist quasi eine Müllgebühr für den klimazerstörenden CO₂-Abfall. Die Einnahmen werden als Energiegeld sowie durch die Senkung auf das EU-rechtliche Minimum der Stromsteuer und einer grundsätzlichen Reform der Energiebesteuerung an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben. Dadurch entsteht ein sozialer Klimaausgleich, der klimaschützendes Verhalten fördert.

Gleiches gilt für Unternehmen: mit einem für den Klimaschutz wirksamen CO₂-Mindestpreis im Emissionshandel, der bei mindestens 40 Euro pro Tonne beginnt und planungssicher ansteigt. Damit werden Einnahmen generiert, die an die Wirtschaft zurückfließen und Anreize für Innovationen und Investitionen in klimaverantwortliche Produkte und Produktionsweisen geben. Es kommt vor allem darauf an, den CO₂-Preis zügig einzuführen. Wir können bei der Rettung des Klimas nicht weitere Jahre verschenken.

Die Ziele des Paris-Abkommens erreichen wir nur gemeinsam. Alle politischen Ebenen – die EU, die Mitgliedsstaaten, Länder und Regionen, die Kommunen – müssen eng vernetzt zusammenarbeiten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die europäische Union Ihre Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Energieeffizienz und die Verringerung des CO₂-Ausstosses daran ausrichtet, dass sie dem Pariser Klimaabkommen gerecht wird und schnellstmöglich EU-weit Klimaneutralität erreicht wird. Die von

Baden-Württemberg initiierte Under-2-Koalition zeigt, wie gut Klimaschutz vorankommt, wenn alle mitmachen. Auch die International Zero-Emission Vehicle Alliance (ZEV Alliance) wird von Baden-Württemberg aktiv unterstützt.

Der Klimawandel wartet nicht – wir müssen jetzt handeln. Es drängt. Wir fordern daher die Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, ein Sofortprogramm für den Klimaschutz auf den Weg zu bringen, das überall dort greift, wo klimarelevante Fragen in Landeskompetenz fallen, und wo die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen. Die Landesverwaltung selbst hat das Ziel, bis 2040 klimaneutral zu werden – das geht schneller. Im Landeshaushalt 2020/2021 sollen deswegen bestehende Projekte und Förderprogramme auf ihre Klimawirksamkeit hin überprüft werden. Ein Klimapaket bündelt zusätzliche Maßnahmen in allen Ressorts:

- die Energieeffizienz mit einem Förderprogramm für Kommunen für kommunale Wärmeplanung steigern und umsetzen;
- eine Offensive für gebäudeintegrierte Photovoltaikanlagen auflegen;
- durch eine Angebotsoffensive für mehr Busse und Bahnen und eine verlässliche Mobilitätsgarantie umweltfreundliche Verkehrsträger ausbauen;
- mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft die Notwendigkeit der Transformation der Automobilwirtschaft hin zum emissionsfreien Fahren sichtbar machen;
- in Wissenschaft und Forschung mit dem emissionsfreien Campus und dem Innovationscampus Mobilität Vorzeigeprojekte fördern;
- durch eine verstärkte Förderung ökologischer Landwirtschaft den Klimaschutz stärker verankern.

1.1 Unser Land voller Energie: Strom, Wärme und Netz

Im Bereich Energie haben acht Jahre grüne Regierungsführung deutliche Wirkung gezeigt: Der Anteil erneuerbarer Energien ist von 17,2 Prozent im Jahr 2010 auf 27,5 Prozent im Jahr 2017 gestiegen, der Windkraftausbau kam endlich in Schwung mit einer Verdreifachung der installierten Leistung seit 2011, das Erneuerbare-Wärme-Gesetz wurde novelliert und ambitionierter ausgestaltet, vielfältige Förderprogramme schaffen Anreize zur Energieeinsparung und Energieeffizienzmaßnahmen und die PV-Offensive soll den Ausbau der Solarenergie weiter voranbringen, sodass wir das Ziel der CO₂-Neutralität schnellstmöglich erreichen. Trotzdem sind wir noch lange nicht am Ziel und müssen vor dem Hintergrund der auch in Baden-Württemberg verfehlten Klimaziele das Tempo erhöhen. Wir lehnen weitere Investitionen in fossile Infrastruktur ab und setzen auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien, der Speichertechnologien, der Übertragungs- und Verteilnetze sowie Energieeffizienzmaßnahmen und -technologien.

Der größte Hebel bei der Energieerzeugung auf Landesebene ist die Verfügbarkeit von Flächen. Das größte Potenzial hat in Baden-Württemberg die Solarenergie – wir wollen mehr Flächen hierfür planerisch zugänglich machen, die Genehmigungsverfahren beschleunigen und das Beratungsangebot für die Kommunen ausbauen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Freiflächen-Photovoltaik auch im Außenbereich als privilegierte Maßnahme zu zulassen. Dabei achten wir darauf, der Landwirtschaft wertvolle Anbauflächen nicht zu entziehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Freiflächenphotovoltaik und Agrophotovoltaik auch im Außenbereich als privilegierte Maßnahme zu zulassen, um eine gleichzeitige Nutzung von Böden zur Nahrungsmittelproduktion und PV-Stromerzeugung zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir den Bau von Photovoltaikanlagen auf Neubauten verpflichtend machen und Bürgersolaranlagen und Energiegenossenschaften fördern.

Die regionalen Energieagenturen und die Klimaschutz- und Energieagentur des Landes sind wichtige Partner für den Klimaschutz – wir wollen sie weiter stärken und für die Ziele des Klimaschutzes nutzen.

Wir wollen Verbindlichkeit und Planungssicherheit beim Ausbau von erneuerbaren Energien, deshalb sollen den Planungsträgern Ausbauziele vorgegeben werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die vielen Deckelungen der erneuerbaren Energien aufzuheben. Sie muss die jährlichen Ausbauziele für erneuerbare Energien sowie die jährlichen Ausschreibungsmengen für PV-Freiflächenanlagen und Windkraftanlagen deutlich erhöhen. Wir wollen Verbindlichkeit und Planungssicherheit beim Ausbau von erneuerbaren Energien, deshalb sollen den Planungsträgern Ausbauziele vorgegeben werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die vielen Deckelungen der erneuerbaren Energien aufzuheben. Sie muss die jährlichen Ausbauziele für erneuerbare Energien sowie die jährlichen Ausschreibungsmengen für PV-Freiflächenanlagen und Windkraftanlagen deutlich erhöhen. Baden-Württemberg wird durch z. B. Elektromobilität, Power2Gas und Wärmepumpen zukünftig einen deutlich größeren Strombedarf haben als heute. Wir benötigen damit in den nächsten Jahren wesentlich höhere jährliche Zubauraten im unteren einstelligen Gigawattbereich für Baden-Württemberg bei Photovoltaik und Windkraft um das 1,5 °C-Emissionsbudget einzuhalten. Diese Anlagen wollen wir größtenteils im Land bauen, um damit auch die lokale Wertschöpfung sicherzustellen. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierzu die nötigen Weichen zu stellen. Auf Landesebene wollen wir dazu mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes mehr Flächen für Erneuerbare zur Verfügung stellen.

Um die Anreize für Investor*innen und Hausbesitzer*innen in Erneuerbare Energien weiter zu stärken, wollen wir Grüne diskutieren, ob eine Senkung der Mehrwertsteuer für Photovoltaikanlagen, Solarthermie-Anlagen, Wärmedämmung und Windkraftanlagen sinnvoll ist.

In Baden-Württemberg ist Wasserkraft eine bedeutende Säule der erneuerbaren Energiegewinnung. Daher setzen wir uns für weitreichende Förderprogramme für kleinere Wasserkraftwerke ein. Diese Form der Energiegewinnung ist nicht nur wichtig für die Netz- und Systemstabilität, sondern ist darüber hinaus schwarzstartfähig und kann im Falle eines Blackouts zum Wiederaufbau der Versorgung beitragen. Wasserkraft bietet überdies Möglichkeiten zur regionalen und dezentralen Stromerzeugung.

Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Klimaschutz-Musterland machen. Die Landesverwaltung soll ihre Vorbildfunktion annehmen und bis zum Jahr 2030 CO₂-neutral arbeiten. Dazu wollen wir die energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften voranbringen, das Projekt „Green IT“ fortschreiben und ambitionierter machen und bei Neuanschaffungen für die Fahrzeugflotte auf erneuerbare Antriebe setzen. Da Fahrzeuge mindestens zehn Jahre in Betrieb sind, soll die Landesregierung bereits heute, wo immer möglich, keine fossil betriebenen Fahrzeuge mehr beschaffen. Dienstreisen sollen möglichst klimafreundlich realisiert oder, wenn nicht möglich, kompensiert werden. Beim Photovoltaik-Ausbau wollen wir im Land mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum Jahr 2030 alle dafür geeigneten landeseigenen Gebäude mit Potenzial mit PV-Anlagen ausgestattet haben. Für interne Berechnungen der Landesregierung zu den Kosten des CO₂-Ausstoßes soll ein Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne eingeführt werden. Dieser bildet die realen Kosten für Gesellschaft und Umwelt ab. Mit einem solchen Schattenpreis für alle Verwaltungsaktivitäten wird es einfacher, wenig CO₂-intensive Produkte und Verfahren zu bevorzugen. Folgen- und Kostenabschätzungen von Maßnahmen und Gesetzen berücksichtigen damit vollständig den Klimaschutz.

Auch die baden-württembergischen Unternehmen gehen beim Klimaschutz voran. So will zum Beispiel Bosch ab 2020 als erstes großes Industrieunternehmen komplett klimaneutral sein. Wir begrüßen diese Zielsetzung und wollen einen Klimadialog mit der Industrie führen, um die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu fördern. Die landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Beteiligung des

Landes sollen dafür mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum Jahr 2035 CO₂-neutral arbeiten. Kleinere Anteile an Unternehmen, die mit fossilen Energieträgern umgehen, sollen zeitnah aus dem Portfolio des Landes entfernt werden. Die EnBW fordern wir dazu auf, die Europäischen Schutzstandards für Quecksilber- und Stickoxidemissionen in allen ihren Kraftwerken, insbesondere im Kraftwerk Lippendorf, unverzüglich einzuhalten und bis spätestens zum Jahr 2023 die Verstromung der CO₂-intensiven Braunkohle zu beenden. Auch in Baden-Württemberg sind derzeit mehrere moderne Gaskraftwerke nicht in Betrieb während, aus wirtschaftlichen Gründen, Steinkohlekraftwerke Strom erzeugen. Dieses Verhältnis muss umgedreht werden und die Gaskapazitäten im Land genutzt werden, denn durch die Umstellung von Kohle auf Gas als Brennstoff kann eine rasche CO₂-Reduktion erzielt werden.

Unternehmen, an denen das Land oder seine Institutionen größere Anteile besitzen (EnBW, Flughafen Stuttgart, Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden), sollen Treibhausgasneutralität inklusive aller erbrachten Dienstleistungen schon im Jahr 2035 erreichen. Wir begrüßen, dass die Landesregierung sich das Ziel gesetzt hat, auch bei den landeseigenen Unternehmen treibhausgasneutral zu handeln.

1.2 Mobilitätsland der Zukunft: klimafreundlich, vernetzt, digital

Das gegenwärtige Mobilitätssystem stößt an seine Grenzen. Es schadet dem Klima, der Umwelt und unserer Lebensqualität. Kurzum: Es ist nicht zukunftstauglich. Der Verkehr ist für knapp ein Drittel aller Treibhausgase in Baden-Württemberg verantwortlich. Dabei ist besonders besorgniserregend, dass seine Emissionen in den letzten Jahren sogar wieder gestiegen sind und damit höher sind als im Referenzjahr 1990. Da packen wir an. Es ist klar: ohne Verkehrswende keine Klimawende. Wer den Klimaschutz ernst meint, treibt die Verkehrswende voran. Wir Grüne handeln – beherzt und innovativ: bei der Vermeidung von Verkehr, der Verlagerung auf effizientere Verkehrsträger und einer zügigen Dekarbonisierung aller Verkehrsströme. Das gilt für die Mobilität von Menschen und den Gütertransport. Damit die Verkehrswende gelingt, haben wir uns noch mehr vorgenommen.

Öffentlichen Verkehr im Land verdoppeln

Die wichtigste Stellschraube in der Verantwortung des Landes, um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist die Verdopplung der Fahrgastnachfrage im öffentlichen Verkehr zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in Baden-Württemberg bis 2030. Dazu müssen Bahnen und Busse flächendeckend im Takt verkehren, eine zuverlässige Qualität bieten und preislich attraktiv sein. Daran wollen wir weiter arbeiten.

Wir Grüne setzen uns für eine Mobilitätsgarantie für ganz Baden-Württemberg ein: Ab 2025 soll jede Kommune im Land zwischen 5 und 24 Uhr mindestens stündlich mit der Bahn, dem Bus, dem Ruftaxi oder dem Rufbus erreichbar sein. In den Verdichtungsräumen sollen alle Ortschaften mindestens halbstündlich angebunden sein. Den Schienenpersonennahverkehr in der Zuständigkeit des Landes werden wir bis 2025 gegenüber 2015 um 30 Prozent ausbauen. Der Mindeststandard des Stundentakts von 5 bis 24 Uhr wird dann im ganzen Land umgesetzt, auf vielen Strecken der Halb- oder Viertelstundentakt Realität sein. Bis zum Jahr 2030 wollen wir dann mindestens den Halbstundentakt für über 95 Prozent der Bahnfahrgäste in Baden-Württemberg erreichen und die Kapazitäten weiter ausbauen.

Die großen Qualitätsdefizite im Schienenverkehr müssen der Bund als Eigentümer des Netzes und die Länder durch ein nachhaltiges Investitions- und Ausbauprogramm beheben. Bestandteil der Bahnoffensive muss ein ausreichender Kapazitätsausbau im Hauptnetz sein. Wir brauchen die rasche Realisierung des

viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn, die Neubaustrecke Mannheim–Karlsruhe und Kapazitätsergänzungen im Knoten Stuttgart. Den integralen Taktfahrplan wollen wir für das Land für bessere und zuverlässigere Verbindungen fortentwickeln und das Netz flächenhaft ausbauen.

Die Elektromobilität auf der Schiene wollen wir vorantreiben und den Anteil der elektrisch betriebenen Nahverkehrsleistungen bis 2030 auf über 90 Prozent erhöhen. Dazu fördern wir die Elektrifizierung vieler Bahnstrecken wie der Südbahn, der Breisgau-S-Bahn, der Hochrheinstrecke, der Bodenseegürtelbahn oder der Regionalstadtbahnen Neckar-Alb und Donau-Iller. In den kommenden Jahren werden wir Machbarkeitsstudien für die Reaktivierung von 20 stillgelegten Bahnstrecken erstellen und gemeinsam mit den betroffenen Gebietskörperschaften Umsetzungskonzepte mit Finanzierungs- und Trassenvorschlägen erörtern. In den Städten wollen wir den Ausbau der Stadtbahn- und Straßenbahnnetze weiter fördern und damit vorantreiben. Auch die Einrichtung von Schnellbussen und Oberleitungsbussen können einen Teil zum ÖPNV-Ausbau leisten.

Daneben brauchen wir auch attraktive Busverkehre in Stadt und Land. Mit einem landesweiten Netz staufreier Schnellbuslinien und einer stündlichen Mindestbedienung (Mobilitätsgarantie) in allen Orten sowie attraktiven und verständlichen Tarifen wollen wir dem Busverkehr einen entscheidenden Schub versetzen. Dieser Aufgabenbereich fällt in die Zuständigkeit der Landkreise und Kommunen. Das Land unterstützt sie dabei bereits durch das Förderprogramm Regiobusse, durch die Aufstockung der ÖPNV-Fördermittel auf 250 Millionen Euro pro Jahr und Pilotvorhaben für On-Demand-Verkehre in der Fläche. Um den garantierten Stundentakt in der Fläche auszubauen, werden wir die Förderprogramme schrittweise deutlich erhöhen.

Bahn- und Busfahren muss im ganzen Land günstiger und unkomplizierter werden. Tarife müssen einfach verständlich sein, damit sie den Umstieg auf Busse und Bahnen erleichtern, insbesondere bei Fahrten über Verbundgrenzen hinweg. Unser Ziel: eine Reise – ein Ticket. Mit dem BW-Tarif ist dies auch über Verbundgrenzen hinweg Realität geworden. Dabei haben wir die Preise für das Bahnfahren im Land um durchschnittlich 25 Prozent gesenkt – ein wichtiger Beitrag zur Attraktivität der Schiene. Bis Ende 2020 wollen wir den BW-Tarif durch attraktive Zeittickets für Pendler*innen und eine attraktive Jahresnetzkarte komplettieren. Mit dem BW-Tarif als Klammer wollen wir ein einheitliches elektronisches Ticketing in Baden-Württemberg umsetzen. Wir wollen die Verbreitung des 365-Euro-Jahrestickets in den Kommunen unterstützen. Der kommunale ÖPNV muss nachhaltiger finanziert werden. Deshalb fordern wir den Landtag auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen auf eigenen Wunsch einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.

Wenn wir verschiedene Verkehrsmittel kombinieren, wird klimaneutrale Mobilität attraktiver. Mit 1.000 Mobilitätshubs an 100 attraktiven Bahnhöfen und 900 kleineren Umstiegsorten wollen wir den Schienen- und Busverkehr mit dem Fuß- und Radverkehr verknüpfen. Daneben müssen Car- und Ride-Sharing-Angebote ausgebaut werden. Die Nutzer*innen müssen mit Echtzeit-Informationen versorgt werden, Auskunfts- und Buchungsmöglichkeiten müssen einfacher gestaltet werden. Ein Ticket bzw. eine App für alle Verkehrsmittel ist ein wichtiger Schritt dorthin.

Jedes dritte Auto wird klimaneutral angetrieben

Die Elektromobilität stellt, zusammen mit der Verminderung des motorisierten Individualverkehrs, einen zentralen Entwicklungspfad für die klimafreundliche Mobilität dar. Damit im Jahr 2030 mindestens jeder dritte der dann noch bis zu sechs Millionen Pkw klimaneutral unterwegs sein kann, müssen wir die Infrastrukturen dafür schaffen. Mit der „Landesinitiative Elektromobilität III“ schaffen wir unter anderem

ein flächendeckendes Netz von Ladesäulen im Land, das Baden-Württemberg zur Leitregion für E-Mobilität macht. Elektroautos werden überwiegend privat geladen – am Arbeitsplatz, zu Hause, in der Unterkunft. Durch lange Ladezeiten wird auch das Stromnetz nicht über Gebühr belastet und sogar ein Lastenmanagement möglich. Wir wollen schrittweise keine Stellplätze für fossil betriebene Autos mehr vorschreiben und alle neuen Stellplätze mit Lademöglichkeiten ausgestattet sehen. Land und Kommunen sollen klimaneutralen Fahrzeugen Benutzervorteile vor fossil betriebenen Fahrzeugen gewähren, z. B. beim Parken.

Um den Transformationsprozess hin zu klimaneutralen Antrieben und Mobilitätsangeboten aktiv zu gestalten, hat die Landesregierung 2017 den Strategiedialog Automobilwirtschaft BW begonnen. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeitnehmerverbände, Verbraucherorganisationen, Umweltverbände und Zivilgesellschaft erarbeiten Projekte und Konzepte, um den Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten. Mit den in Baden-Württemberg ansässigen international tätigen Automobilfirmen wollen wir weiter über die gemeinsame Verantwortung für den Klimaschutz reden und Wege besprechen, wie der kurzfristige Ausstieg aus der Produktion von klimaschädlichen Fahrzeugen gelingen kann.

Ziel ist es, anzustoßen, dass Marktteilnehmer*innen ihre Angebote und Produkte so umstellen, dass sie klimaneutral produziert und betrieben werden können. Mit Blick auf die gewünschte Verminderung der Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr sollen auch Konversionsstrategien hin zu neuen, dem Klimaschutz nützenden Geschäftsfeldern entwickelt werden.

Der Klimaschutz als globale Rahmenbedingung unseres Wirtschaftens ist dabei handlungsleitend, aber auch die Sicherstellung von Transport und Mobilität mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln.

Baden-Württemberg ist ein Mobilitätsland: Rund 470.000 Beschäftigte sind direkt oder indirekt vom Automobil abhängig. Mit unserem hohen Exportanteil tragen wir als Wirtschaftsstandort zugleich eine globale Verantwortung für die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen. Wir sind überzeugt: Die Transformation der Automobilwirtschaft Baden-Württembergs zum Leitanbieter für nachhaltige Mobilität ist für den Klimaschutz ebenso notwendig wie für die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen.

Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz. Weltweit wird gerade das Auto neu erfunden – die Ära des fossilen Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung vorne mit dabei ist. Für unsere ambitionierten Klimaschutzziele braucht es politisch einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen Verbrennungsmotors schafft, sowie die notwendige Förderung der Umstellung.

Landesweit ein Drittel weniger Kfz-Verkehr, Halbierung in den Städten

Mehr Klimaschutz heißt: mehr Lebensqualität in unseren Städten und Ortskernen. Wir wollen landesweit ein Drittel weniger Pkw- und Lieferverkehr und eine Halbierung in unseren Städten erreichen. Ein guter ÖPNV, großzügige Rad- und Fußwege und City-Logistik-Konzepte machen das möglich, wenn sie dafür Platz und Entfaltungsmöglichkeiten bekommen. Bis 2030 wollen wir 1500 zusätzliche lebendige und verkehrsberuhigte Orts- und Quartiersmitten schaffen. Dies kann unterstützt werden durch möglichst flächendeckendes Tempo 30, mehr verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen, Parkraummanagement und Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum. In diesem Sinne setzen wir uns für eine Novelle der Straßenverkehrsordnung ein. Dieses Mobilitäts- und Klimaschutzprogramm fährt viele Ernten ein: weniger Lärm und bessere Luft, mehr Aufenthaltsqualität und mehr Verkehrssicherheit, mehr Chancen für die Nahversorgung und einen attraktiven Einzelhandel, also schlicht lebenswerte Städte und Orte. Um das zu

erreichen sind Push-Maßnahmen nötig, wie Parkraumbewirtschaftung und die Umwandlung von Kfz-Stellplätzen für Radinfrastruktur, breitere Gehwege und Außenbewirtschaftung. Aber auch der Umbau der Verkehrsinfrastruktur durch den Ausbau von Fahrradstraßen, Radwegen, Fußgängerzonen und lebenswerten Innenstadtbereichen ist notwendig, um die nachhaltige Mobilität zu fördern.

Kommunen spielen eine wichtige Rolle, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen. Ein Mobilitätsgesetz, das die Bevorzugung des Umweltverbunds gegenüber dem motorisierten Individualverkehr festschreibt, würde die Kommunen in ihren Bemühungen für mehr Klimaschutz unterstützen

Jeder zweite Weg wird selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß zurückgelegt

Mit dem Pedelec oder reiner Muskelkraft: Immer mehr Berufspendler*innen fahren mit dem Rad zur Arbeit. Wir wollen und müssen dieses Potenzial für den Klimaschutz nutzen. Jeder zweite Weg soll 2030 selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß zurückgelegt werden. Von großer Bedeutung sind hier die zwanzig neuen Radschnellverbindungen, die das Land bis 2030 in Kooperation mit den jeweiligen Kommunen baut und finanziert. Wir setzen uns dafür ein, dass bis 2030 mindestens alle 32 Strecken mit vordringlichem Bedarf realisiert werden können. Die Schnittstelle zwischen ÖPNV und Fahrrad muss einfacher werden: Deshalb wollen wir die Zahl der Bike-and-ride-Stellplätze im Land mit 100.000 zusätzlichen sicheren Stellplätzen verdoppeln. Auch im ländlichen Raum kann der Radverkehrsanteil gesteigert werden. Wir wollen, dass das RadNETZ konsequenter ausgebaut und Lücken im übrigen Radwegenetz geschlossen werden. Damit die gesamte Breite der Gesellschaft auf das Rad umsteigt, ist es notwendig, die gefühlte Sicherheit auf unseren Radwegen zu erhöhen. An jeder Straße muss Radfahren sowohl objektiv als auch gefühlt sicher möglich sein. Dazu wollen wir uns für breitere, baulich getrennte Radwege und Temporeduzierung an Radrouten einsetzen.

Jede dritte Tonne im Güterverkehr wird klimaneutral transportiert

Das elektrische Lastenfahrrad ist schon heute ein Symbol neuer Mobilität in der Logistik. Es kann künftig jeden dritten Weg im städtischen Güterverkehr übernehmen. Jede dritte Tonne soll bis 2030 klimaverträglich transportiert werden, mit Bahn, E-Lkw, Binnenschiff oder regenerativem Kraftstoff. Bis 2030 sollen deshalb 50.000 klimaneutrale Lkw auf den Straßen unterwegs sein. Dies setzt industriepolitisch ein Signal an die Lkw-Hersteller, dass klimaneutrale Lkw und damit auch klimaneutrale Busse endlich in die Serienfertigung gehören. Klimaneutrale Logistikgebiete und Innenstädte werden eine wichtige Rolle spielen, um die Klimaziele zu erreichen. Der Umbau des Güterfernverkehrs soll nicht aus Steuergeldern, sondern durch die Verursacher finanziert werden. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, die Lkw-Maut für fossile Lkw auch auf Landes- und Kommunalstraßen auszuweiten und die Einnahmen für Land und Kommunen zu erschließen.

Flugverkehr eindämmen

Der klimaschädliche Flugverkehr darf nicht unbegrenzt wachsen. Den Ausbau bestehender Flughäfen durch zusätzliche Start- und Landebahnen lehnen wir daher ab. Aus dem Landesetat darf es keine wiederkehrenden Finanzhilfen für Regionalflughäfen geben. Kerosin wollen wir besteuern wie Kraftstoffe

fürs Auto. Den Einsatz von regenerativ erzeugtem Kerosin bzw. reFuels wollen wir vorantreiben. Dabei werden wir darauf achten, dass für die Herstellung von reFuels keine fossilen Quellen verwendet werden. Mit dem Ausbau schneller Schienenverbindungen können sowohl Autofahrten wie auch Kurzstreckenflüge vermieden werden. Wir setzen uns dafür ein, die klimaschädlichen Auswirkungen der Flugverkehre mit Start oder Ziel in Baden-Württemberg zu reduzieren. Dies kann unter anderem durch den Umstieg auf klimaneutrale Treibstoffe und Antriebe sowie die Verminderung der Flugkilometer oder weniger Starts und Landungen auf baden-württembergischen Flughäfen geschehen.

Forderungen an den Bund

Die vielen guten Ansätze bei uns müssen vom Bund flankiert werden. Zentral dabei ist, die einseitige Subventionierung des Auto- und Flugverkehrs zu Lasten der Bahn sofort zu beenden. Zudem muss aus dem Bundesverkehrswegeplan endlich ein nachhaltiger Mobilitätsplan für Deutschland werden. Wir fordern den Bund auf, die Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans unter der Annahme eines ambitionierten Verkehrswendeszenarios unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten neu zu bewerten. Zusätzlich müssen zu Straßenausbaumaßnahmen Lösungsalternativen auf der Grundlage des Umweltverbundes (ÖV, Fuß- und Radverkehr) vorgenommen werden. Und wir wollen ein Tempolimit von höchstens 130 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf zweispurigen Landstraßen, denn das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern auch für die Verkehrssicherheit und den Lärmschutz.

Die Schaffung eines nachhaltigen Verkehrssystems erfordert Investitionen in Eisenbahnstrecken, die die europäischen Staaten und Regionen durch leicht zugängliche, erschwingliche Zugverbindungen verbindet – einschließlich Schnell- und Nachtzügen. Teile des Güterverkehrs können auf Schienen oder bestehende Wasserwege verlagert werden. Der Bund muss als Eigentümer der Deutschen Bahn endlich einen klaren Leistungsauftrag und die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um das Ziel der Verdopplung der Reisendenzahlen bis 2030 zu erreichen. Trassenpreise müssen gesenkt werden, damit die Schiene wieder wettbewerbsfähiger wird. Die Mehrwertsteuer auf Bahntickets muss auch im Fernverkehr zum reduzierten Satz erhoben werden. Wir erwarten vom Bund ein größeres Engagement bei der Förderung grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen. Wirtschaft und Tourismus in Baden-Württemberg profitieren von der Nähe zu Frankreich und der Schweiz. Doch oft fehlt es an attraktiven Alternativen zum Auto, etwa für Pendler*innen. Eine besondere politische Bedeutung kommt hier dem im Aachener Vertrag versprochenen Wiederaufbau der Bahnstrecke zwischen Freiburg und Colmar zu. Die Bundesregierung muss sich für die zügige Realisierung dieser und weiterer transnationaler Verbindungen einsetzen und die dafür nötigen finanziellen Mittel bereitstellen.

Die Verkehrswende ist ohne enorme Investitionen in Planung, Personal, Infrastrukturen und Fahrzeuge nicht denkbar. Dazu reichen die bisherigen Mittel bei weitem nicht aus. Der Bund kann laut Umweltbundesamt jährlich 28,6 Mrd. Euro einsparen, indem umweltschädliche Subventionen im Verkehrssektor gestrichen werden. Diese Mittel sollten an die Kommunen für die Verkehrswende fließen. Ohne Geld bleibt die Verkehrswende im Stau stecken. Unsere Steuersystematik braucht einen Klimakompass: Wir wollen die Steuerbefreiung für Flugbenzin (Kerosin) schrittweise streichen wie auch die steuerliche Begünstigung des Diesels und das Dienstwagenprivileg. Es kann nicht sein, dass der Staat einerseits Elektromobilität fördert und gleichzeitig ein Mehrfaches an Subventionen für große Dienstwagen und Dieselfahrzeuge ausbringt. Eine Mehrwertsteuer auf Flugtickets und die Abschaffung der Kerosinsteuerbefreiung schaffen faire Wettbewerbsbedingungen für nachhaltigere Verkehrsträger.

Anwohnerparken darf nicht nur eine Verwaltungsgebühr von 30 EUR pro Jahr kosten. Dies kommt dem Preis nicht nahe, den der öffentliche Raum in unseren Städten wert ist. Eine Verteuerung muss möglich sein. Ebenso möchten wir den Kommunen frei Hand lassen bei der Ausweisung von Tempo 30 auf Vorrangstraßen. Der Bund sollte die restriktiven Vorgaben abschaffen und den Kommunen vor Ort überlassen zu entscheiden, wo Tempo 30 sinnvoll ist. Um den Fußverkehr zu fördern, brauchen wir mehr verkehrsberuhigte Bereiche. Die relativ hohen formalen Hürden zu deren Einrichtung müssen daher abgesenkt werden. Die Verkehrswende hin zu neuer, nachhaltiger Mobilität kann nur gelingen, wenn sie mit einer Energie- und Mobilitätswende einhergeht.

1.3 Klimaschutz in Wohnungspolitik und Städtebau

Das Stiefkind der Energiewende ist leider immer noch der Gebäudebereich – dabei liegt hier einer der wichtigsten Hebel für mehr Klimaschutz und CO₂-Einsparung in großem Umfang. Die grün-geführte Landesregierung zeigt, wie es geht, indem sie die Förderprogramme neu gestrickt hat, um so einen Großteil der KfW-Mittel nach Baden-Württemberg zu bringen. Die neuen Programme wiederum wurden vom Bund kopiert. Mit der Novelle des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes wurde der Klimaschutz weiter gestärkt. Wir wollen die Anstrengungen hier intensivieren und weiter beschleunigen. Zur Beschleunigung der Wärmewende setzen wir uns für ein klimagerechtes Gebäudeenergiegesetz ein. Zusätzlich zur Begrenzung des Energieverbrauchs und den Einsatz von Erneuerbaren Energien wollen wir einen CO₂-Faktor ins Energiesparrecht bei Gebäuden aufnehmen.

Die Bundesregierung muss endlich die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung gemeinsam mit den Ländern umsetzen.

Wir fordern darüber hinaus das Verbot neuer Ölheizungen sowie eine Betriebsbeschränkung bestehender Ölheizungen abhängig von deren Alter und mit entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz wollen wir konsequent weiterentwickeln, die Dekarbonisierung von Wärmenetzen vorantreiben, die Erstellung von Wärme- und Kälteplänen verpflichtend machen und prüfen, bis wann und wie die Förderung fossil befeuerter Heizungsanlagen zurückgeführt werden kann.

Lebendige und lebenswerte Städte und Dörfer sind klimafreundlich. Mit kurzen Wegen zwischen Wohnen, Arbeiten und Einkaufen, die Menschen gerne zu Fuß und mit dem Fahrrad zurücklegen. Wir nehmen im Gegensatz zu anderen politischen Kräften den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung auf allen politischen Ebenen ernst und setzen auf verdichtetes Wohnen im Innenbereich. Die autogerechte Stadt der 1960er Jahre und das Donut-Dorf mit totem Ortskern und einem Ring von Neubausiedlungen sind nicht mehr zeitgemäß und stehen dem Klimaschutz entgegen. Wir kämpfen für mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen in den Städten und Orten, für attraktive öffentliche Räume und gegen die Zersiedelung des ländlichen Raums.

1.4 Industriestandort Baden-Württemberg – Erdöl war gestern

Wir wollen weltweit ein Zeichen setzen: Wettbewerbsfähig und erfolgreich produzieren geht auch ohne Erdöl. Dafür müssen wir die Transformation so gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben erhalten, um notwendige Investitionen zu tätigen. Energiebedingte Emissionen von 6,5 Millionen Tonnen sollen bis 2030 um 62 Prozent reduziert und danach schnellstmöglich vollständig eliminiert werden. Bei der Herstellung von Papier und Pappe ist der Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg derzeit am höchsten, gefolgt vom Fahrzeugbau, der Verarbeitung von Steinen und Erden

(größtenteils Zement und Kalk) sowie dem Maschinenbau. Die prozessbedingten Emissionen betragen etwa 2,9 Millionen Tonnen, wovon rund 2,2 Millionen Tonnen auf die Klinkerproduktion entfallen. Das macht die enorme Bedeutung der Transformation der Zementherstellung deutlich.

Beim erfolgreichen Wandel des Industriestandorts setzen wir auf ambitionierte, aber langfristige und verlässliche politische Vorgaben, beste Forschung und exzellente Aus- und Weiterbildung. Alle drei Faktoren zusammen setzen das Innovationspotential frei, das wir für den Transformationsprozess so dringend brauchen. Grüne Industriepolitik will langfristig Innovationspotentiale fördern, nachhaltig und gute Arbeitsplätze sichern und Wertschöpfung entlang der gesamten Wertschöpfungskette schaffen und erhalten. Den Wandel hin zu einer erdölfreien Wirtschaft sehen wir als wichtigsten Treiber, damit die baden-württembergische Wirtschaft auch in Zukunft weltweit erfolgreich ist. Umfassende Förderprogramme für eine klimafreundliche Wirtschaftsweise, wie sie im Energie- und Klimafonds bereits eingestellt sind, müssen konsequent, z. B. für die Dekarbonisierung der Industrie oder auch für die Flottenumstellung auf E-Mobilität, umgesetzt werden.

Mit dem Zentrum für Ultraeffizienzfabriken wollen wir die Plattform für Forschungs- und Demonstrationszwecke stärken, um zu verdeutlichen, wie die energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann. Mit den Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und den Forschungseinrichtungen unterstützen wir den Trend in den Unternehmen, Energie- und Materialeffizienz konsequent zu leben. Den Ausstieg aus CO₂-intensiven fossilen Energieträgern kompensieren wir durch Erneuerbare wie Photovoltaik und Wind, Biomasse oder Fernwärme, übergangsweise mit Erdgas. Industrielle Abwärme wollen wir innerhalb sowie außerhalb der Betriebe, z. B. zur Versorgung von Fernwärmenetzen, nutzen.

Projekt: Zusammen mit den Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Hochschulen und privaten Weiterbildungsträgern wollen wir eine Bildungsroadmap Umwelttechnik auf den Weg bringen. Dafür wollen wir die Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich Umwelttechnik sichten, das Angebot wo nötig ausbauen und die relevanten Akteure besser vernetzen.

1.5 Finanzmärkte für ökologisch-soziale Modernisierung nutzen

Die Finanzmärkte müssen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die schnelle Transformation hin zu einer erdölfreien, nachhaltigen Wirtschaft zu finanzieren. Investitionen der öffentlichen Hand sind wichtig, reichen aber für die immense Aufgabe nicht aus. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sowohl das Europäische Parlament als auch eine hochrangige Expertengruppe der Kommission wichtige Vorschläge für eine grüne Finanzmarktgestaltung vorgelegt haben. Die Kapitalmärkte müssen auf langfristige, innovative, effiziente und nachhaltige Geldanlagen ausgerichtet sein. Preise für Anlagen müssen Nutzen und die Risiken für Umwelt, Gesellschaft und Unternehmensführung widerspiegeln. Die Finanzstabilität ist auch durch klimaschädliche Investitionen gefährdet. Wir stellen mit großer Sorge fest, dass in Baden-Württemberg, in Europa, vor allem aber im globalen Süden, viele Klimarisiken nicht versichert sind. Dies birgt erhebliche Risiken für globale Chancengerechtigkeit, die Klimakrise darf nicht zu einer Humanitäts- und Finanzkrise werden. Verbraucher*innen soll es leicht gemacht werden, durch ihre Anlageentscheidungen die soziale und ökologische Transformation unserer Wirtschaft zu fördern.

Obwohl die Regulierungsentscheidungen in Brüssel und Berlin getroffen werden, hat das Land Baden-Württemberg als Akteur an den Finanzmärkten eine Vorbildfunktion. Wir begrüßen darum die Entscheidung der grün-geführten Landesregierung, das Pensionsvermögen des Landes nachhaltig anzulegen. Wir sehen mit Sorge, dass Klimaschäden den Haushalt immer mehr belasten. Allein die Kompensation von

Frostschäden oder die notwendige Hilfe für Kommunen bei Starkregenschäden belastet den Haushalt mit dreistelligen Millionenbeträgen.

Projekt: Wir wollen den Landeshaushalt klimafest machen. Dazu identifizieren wir alle Stellen, an denen momentan Klimaschäden oder -risiken sozialisiert werden. Diese Risiken wollen wir so managen, dass der Schaden für die Steuerzahler*innen möglichst gering ist.

Projekt: Wir wollen die Chancen unserer Investitionen mit Blick auf den Klimaschutz stärker in den Blick nehmen. Die Geldanlagen des Landes sollen auch in Infrastrukturprojekte der Energiewende und des Klimaschutzes gehen.

1.6 Die Landwirtschaft der Zukunft – gut für Landwirt*innen, Umwelt und Tiere

Auch die Landwirtschaft spielt eine erhebliche Rolle beim Klimaschutz und dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die intensive konventionelle Agrarwirtschaft beeinflusst mit schweren Maschinen, intensivem Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln Boden, Wasser, Luft und die biologische Vielfalt auf unseren Feldern, Wiesen und in unseren Wäldern. Übermäßige Stickstoffdüngung verursacht klimaschädliche Treibhausgase, führt zu Nitratbelastungen des Grundwassers und trägt zur Nährstoffübersorgung von Flüssen, Seen und Meeren bei. Das Klimagas Methan ist deutlich schädlicher als CO₂ und sein Gehalt in der Atmosphäre steigt aufgrund der Massentierhaltung stark an.

Gleichzeitig ist die Landwirtschaft auch zunehmend von den Folgen der Klimakrise betroffen, wie der Dürresommer im letzten Jahr gezeigt hat. Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte in Baden-Württemberg dabei unterstützen, ihre Bewirtschaftung diesen Herausforderungen anzupassen und widerstandsfähige Anbausysteme und -kulturen zu entwickeln. Wichtige Bausteine dafür sind breite Fruchtfolgen, Mischkulturen, die Erhöhung des Humusgehaltes, die Förderung des Bodenlebens und Maßnahmen zur Minimierung der Erosion, Agroforstsysteme sowie Risikostreuung durch mehr Vielfalt bei Anbaufrüchten und Betriebszweigen. Hierauf wollen wir die entsprechenden Forschungs- und Beratungsaktivitäten konzentrieren und die Züchtung gentechnikfreier angepasster Sorten unterstützen.

Viele Landwirt*innen haben darum heute bereits das Ziel, die Bewirtschaftung ihrer Flächen nachhaltiger zu gestalten. Wir wollen alle, die sich auf den Weg gemacht haben oder neu machen, verstärkt unterstützen. Nur wer Natur und Klima bestmöglich schützt, Lebensmittel nachhaltig produziert, Tierwohl achtet und sich für den Erhalt der Kulturlandschaften einsetzt, soll finanziell dafür belohnt werden. Mit Freude und Ermutigung sehen wir, wie erfolgreich viele unserer Initiativen im Land waren, die bislang eher bescheidenen Möglichkeiten der bestehenden EU-, Bundes- und Landesförderung gezielt zur Förderung des Ökolandbaus, der Landschafts- und Grünlandpflege besonders in Berggebieten, der kleinen und mittleren Mischbetriebe und der klimaschonenden Landwirtschaft einzusetzen. Aufbauend auf diesen Erfahrungen werden wir uns auch auf Bundes- und EU-Ebene radikal dafür einsetzen, dass es in der anstehenden neuen Förderperiode eine klare Ausrichtung auf eine ökologische, klimafreundliche und biodiversitätsfördernde Landbewirtschaftung gibt. Wichtige Ansätze dazu sind Maßnahmen zur wirksamen Vermeidung von Überdüngung, die Bindung der Nutztierzahlen an die Betriebsfläche, hohe Standards für eine artgerechte Tierhaltung und die extensive Nutzung von Grünland sowie wiedervernässten Moorböden. Den Anteil des ökologischen Landbaus als besonders umweltfreundliche und bodenschonende Produktionsform wollen wir durch ein umfassendes Förderkonzept auf 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Baden-Württemberg bis 2030 weiter steigern. Wir wollen die Ausweitung des ökologischen Anbaus auch dadurch unterstützen, dass Einrichtungen des Landes als Teil ihrer nachhaltigen Beschaffungsstrategie ihre öffentliche Verpflegung bis 2030 auf 100 Prozent Bio-Lebensmittel aus

vorwiegend regionaler Erzeugung umstellen und auch Kreise und Gemeinden bei der Umstellung fördern. Zur Steigerung des ökologischen Landbaus gehört auch eine weitere personelle Stärkung der biologischen Landwirtschaft als Fachgebiet in Forschung und Lehre baden-württembergischer Hochschulen. Die Leistungen der Landwirt*innen für die Gesellschaft sind bürokratiearm und effektiv zu vergüten, dafür wollen wir auch die Möglichkeiten der Digitalisierung zur Dokumentation und Kontrollvereinfachung nutzen.

Als Grüne im Land wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft darin bestärken, ihre Stickstoffüberschüsse nach der Gesamtbilanz auf 50 kg N/ha abzusenken. 90 Prozent der anfallenden Gülle sollen gasdicht gelagert und verstärkt in Biogasanlagen eingesetzt werden, dafür wollen wir Investitionshilfen gewähren. Dazu wollen wir die Güllevergärung auf 30 Prozent des anfallenden Wirtschaftsdüngers bis zum Jahr 2030 steigern.

Im Bereich Forstwirtschaft verfügt das Land über unmittelbare Handlungsmöglichkeiten bei der naturnahen und nachhaltigen Bewirtschaftung der eigenen Waldflächen. Wir halten am Ziel fest, 10 Prozent der Staatswaldfläche aus der Nutzung zu nehmen und dort Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Das Land hat hier Vorbildfunktion. Die Klimakrise erfordert flächendeckend einen raschen Waldumbau hin zu naturnahen und klimaresilienten bzw. klimastabilen Mischwäldern. Dafür wollen wir auch nach Abschluss der laufenden Neuaufstellung der Forstorganisation eine ausreichende Personalausstattung sicherstellen. Auch im Privatwald schlummern noch erhebliche Potentiale, Emissionen zu senken und Wälder zukunftsfähiger zu machen. Diese wollen wir gemeinsam mit den Privatwaldbesitzer*innen angehen. Wir begrüßen die Moorstrategie der grün-geführten Landesregierung, denn Moore sind auch hervorragende CO₂-Speicher.

Wir werden Verbraucher*innen weiter dafür sensibilisieren, dass ihr Einkaufsverhalten erheblichen Einfluss darauf hat, wie unsere Lebensmittel produziert werden. Mit Förderung und Verankerung von Ernährungsbildung in Kitas, Kindergärten und Schulen wollen wir insbesondere Kinder und Jugendliche darüber informieren, welche Vorteile eine ausgewogene, gesunde und ökologisch verträgliche Ernährung hat. Mit Anreizen wie Fortbildungsprogrammen für das Personal von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen für schmackhafte kreative Gerichte in Schulen, Hochschulen und Kliniken wollen wir die Attraktivität fleischarmerer und vegetarischer Ernährung steigern.

Durch die Erderwärmung gibt es Auswirkungen auf unsere Tier- und Pflanzenwelt. Aus verschiedenen Gründen leben und überleben in Baden-Württemberg immer mehr nicht heimische Tiere und Pflanzen, die eingeschleppt, entwichen oder ausgesetzt eine potenzielle Gefahr für unsere Ökosysteme darstellen können. Diese Gefahr wollen wir vermindern, z.B. dadurch, dass die vom Gesetz vorgeschriebene Sachkunde zur Haltung auch nachgewiesen werden muss und die Meldepflicht von Tieren nicht nur vom internationalen Schutzstatus der Art abhängt, sondern z.B. auch von einer potentiellen Gefährlichkeit oder dem Pflegeaufwand.

2. Ressourcenverbrauch minimieren, Kreislaufwirtschaft umsetzen: klimaneutrales Ressourcenmanagement als Innovationstreiber und Wettbewerbsvorteil

Wir wollen das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Bei den Treibhausgasen geht die Entwicklung EU-weit in die richtige Richtung. Von 1990 bis 2017 sind die Emissionen um 22 Prozent gesunken, während die Wirtschaft um 58 Prozent gewachsen ist. Der Wandel hin zur grünen Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen muss beschleunigt werden. Uns ist wichtig, den Anteil des produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg zu halten. Der Umbau der mittelständischen Wirtschaft

hin zur Kreislaufwirtschaft birgt enorme Wettbewerbsvorteile weltweit. Materialkosten machen bei einem durchschnittlichen produzierenden Betrieb 42 Prozent und damit den Löwenanteil der Gesamtkosten aus. Personal- und Energiekosten liegen in der Regel deutlich darunter. Zwar ist der Anreiz bereits heute oft hoch, durch Innovationen Materialkosten zu senken und ressourceneffizient zu produzieren. Dennoch gibt es enormes Optimierungspotential. Auch die Versorgungssicherheit gerade mit kritischen Rohstoffen ist für die Unternehmen in Baden-Württemberg von größter Bedeutung. Erst jüngst drohte China im Handelskrieg mit den USA, die Ausfuhr seltener Erden zu begrenzen. Dies könnte Baden-Württemberg, Deutschland und der EU eines Tages ebenso passieren. Die Auseinandersetzung um North Stream 2 zeigt, welche enorme geopolitische Bedeutung die Abhängigkeit insbesondere von Erdgas hat. Gerade für die Zukunftstechnologien wie Erneuerbare oder Elektromobilität werden zunehmend Ressourcen benötigt, die zum Teil nur in wenigen Regionen vorkommen oder in politisch instabilen Ländern abgebaut werden.

Unser Ziel ist, die in Baden-Württemberg benötigten Rohstoffe zunächst verstärkt und langfristig komplett aus Recyclingrohstoffen zu gewinnen. Damit stoppen wir die Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlage und sichern langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Baden-Württemberg. Die Gewinnung von Recyclingrohstoffen ist mit erheblich weniger CO₂-Emissionen verbunden und bedeutet einen gravierend geringeren Verschleiß der natürlichen Lebensgrundlagen. Das maschinenbauliche, chemische und materialtechnische Wissen ist in den baden-württembergischen Hochschulen und Unternehmen vorhanden. Wir wollen dieses Wissen fördern, um Unternehmen dabei zu unterstützen, den weltweiten Markt für Umwelttechnologien von zwei Billionen Euro zu erschließen und Baden-Württemberg zum Vorreiter bei Effizienztechnologien zu machen.

2.1 Rohstoffabbau: Rückgewinnung in den Fokus

Pro Kopf werden in Deutschland rund 20 Tonnen Rohstoffe pro Jahr verbraucht. Unser Bedarf an Rohstoffen könnte gedeckt werden, wenn wir die Rückgewinnung und Wiederverwendung der im Abfall enthaltenen Ressourcen umfassend umsetzen würden. In Elektronikschrott zum Beispiel ist dreißig bis sechzig Mal mehr Gold als im Primärrohstoff Golderz. Und nicht umsonst wird die Gewinnung von Rohstoffen zum Beispiel aus Elektroschrott als Urban Mining bezeichnet. Eine Abschätzung der in Baden-Württemberg vorhandenen theoretischen Potenziale durch Rückgewinnung einiger Rohstoffe macht deutlich, dass etwa für Antimon, Kobalt und Molybdän die in den Abfallströmen enthaltenen Wertstoffe die Rohwarenimporte teils um ein Mehrfaches übersteigen. Wo die Einfuhr von Primärrohstoffen nicht zu vermeiden ist, rücken zertifizierte Lieferketten zur Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in den Mittelpunkt. Wir wollen die Infrastrukturen regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken und unnötige Transportkosten sparen, indem wir heimischen Rohstoffen Vorrang einräumen und die Gewinnung von Rohstoffen aus Abfällen zum Rohstoffabbau der Zukunft machen. Wiederverwertung und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Primärrohstoffen in Baden-Württemberg deutlich reduzieren und wenn möglich gegen null sinken lassen.

Projekt: Wir wollen die Rohstoffstrategie und die Ressourceneffizienzstrategie des Landes verbessern und vorantreiben. Die effizientere Nutzung von Rohstoffen und deren Wiederverwertung soll die Einfuhr von Primärrohstoffen langfristig überflüssig machen und so die Kreislaufwirtschaft in Baden-Württemberg schließen.

2.2 Güterproduktion: Ultraeffizienz in Planung und Produktion

Ressourcenverbrauch reduzieren

Die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen aus Baden-Württemberg soll so wenig Rohstoffe und Materialinput benötigen wie möglich. Es gilt der Grundsatz: je weniger, desto besser. Auf Bundesebene wurde das Ziel definiert, bis 2020 eine Verdopplung der Rohstoffproduktivität des Jahres 1994 zu erreichen. Baden-Württemberg unterstützt diese Bestrebungen.

Baden-Württemberg ist dank vieler innovativer Unternehmen und der grün-geführten Landesregierung Spitzenreiter bei der ressourceneffizienten Produktion. Allein die vom Umweltministerium und der L-Bank aufgelegten Programme für Ressourceneffizienz im Mittelstand haben ein Investitionsvolumen von rund fünf Milliarden Euro ausgelöst. Doch nach wie vor sind enorme Investitionen in Menschen, Maschinen und Material notwendig. Umweltfreundliche Investitionen müssen sich noch stärker betriebswirtschaftlich lohnen, als dies heute der Fall ist. Wir wollen dafür den Marktmechanismus nutzen, um schnell und dezentral wichtige Ressourceneffizienztechnologien in die Breite zu tragen und vielen Unternehmen zugänglich zu machen. Angepasste Regeln bei steuerlichen Abschreibungen können dazu beitragen, dass sich Investitionen für Klimaschutz- und Ressourceneffizienz schnell lohnen. Bundespolitisch ist auch eine bessere Ordnungspolitik von Nöten, die hohe Produktstandards setzt.

Rohstoffe ersetzen mit Leichtbau und Bioökonomie

Die schrittweise Substitution von Massivbauweisen aus Beton und Stahl hin zu mehr Leichtbau ist eine zentrale Stellschraube der nachhaltigen Wirtschaft. Hier lassen sich erhebliche Ressourceneffizienzpotenziale realisieren. 70 bis 80 Prozent des Materialverbrauchs eines Produktes werden bereits im frühen Entwicklungsstadium festgelegt, diese Potenziale sind bisher weitgehend ungehoben. Mit der Landesagentur für Leichtbau hat die grün-geführte Landesregierung einen Think Tank für Leichtbau geschaffen. Den Trend im Leichtbau zum recycelbaren Multi-Material-Leichtbau wollen wir verstärken.

Auch die Stärkung der Bioökonomie ist für den Wandel hin zu einer erdölfreien und klimaneutralen Wirtschaft von erheblicher Bedeutung. Mit der Bioökonomie verbinden wir vor allem den Ersatz erdölbasierter Materialien und Prozesse durch nachwachsende Rohstoffe und Verfahren. Mit der Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie“ treibt die grün-geführte Landesregierung die Bioökonomie als Innovationsmotor nachhaltigen Wirtschaftens voran. Die Bioökonomie ist besonders für den Ländlichen Raum eine große Chance, weil Rohstoffe vermehrt auf heimischen Äckern wachsen können und Neben- und Reststoffe aus der Lebensmittelproduktion und der Land- und Forstwirtschaft sinnvoll genutzt werden. Dabei haben wir die Grenzen der jeweiligen Anbausysteme, ob Wald oder Acker, fest im Blick. Deshalb gehören für uns zur Bioökonomiestrategie auch intelligente Konzepte zur Ressourceneinsparung, zur Kaskaden- und Kreislaufnutzung nachwachsender Rohstoffe. Auch für die Industrie und in urbanen Räumen spielt die Bioökonomie künftig eine zunehmend wichtige Rolle. Abfälle und Abwasser beispielsweise enthalten nutzbare Rohstoffe, die wir zurückgewinnen können. Mit neuen Technologien zur biologischen Gewinnung von anorganischen Rohstoffen wie Metallen, Phosphor und Chemikalien sowie zum biotechnischen CO₂-Recycling wollen wir Rohstoffe für Energie- und Stoffkreisläufe erzeugen.

Projekt: Die Verwendung von Plastik ist in den vergangenen Jahrzehnten drastisch angestiegen, selbst Gurken werden heutzutage zusätzlich verpackt. Im Rahmen der Stärkung der Bioökonomie wollen wir Pilotvorhaben zur Substitution von Plastik sichtbar machen und Alternativen zum Markthochlauf verhelfen. Dabei sollen Industrieverpackungen eine besondere Rolle spielen. Wir wollen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und bestehenden Unternehmer- und Gewerkschaftsinitiativen eine Initiative zur Vermeidung und massiven Reduzierung von Verpackungsmüll initiieren.

Projekt: Wir wollen, dass Bauabfälle reduziert werden. So wollen wir Holz oder Zementarten mit niedrigem Klinkeranteil fördern und beschleunigen, dass Stahl und Zement klimafreundlicher hergestellt werden.

2.3 Nachhaltigen Konsum fördern

Als Verbraucher*innen haben wir alle mit unserem Konsumverhalten höchsten Einfluss auf Klimaschutz und den Verbrauch der natürlichen Lebensgrundlagen. Der Staat ist für die Regeln verantwortlich, die nachhaltiges Wirtschaften leicht machen – das entlastet die Einzelnen im Alltag. Gleichzeitig setzen wir auf die mündige Verbraucher*in, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist. Wie lange wir ein Produkt nutzen oder ob wir höherwertige Produkte minderwertigen vorziehen, hat unmittelbare Rückkopplungen auf Produktion und (Sekundär-)Rohstoffgewinnung. Weniger wegwerfen, mehr reparieren und länger nutzen ist nicht nur ökologisch, sondern auch sozial. Wir wollen deshalb die Mehrwertsteuer auf Reparaturen absenken, damit der eigene Geldbeutel ebenso geschont wird wie die Umwelt.

Dabei hilft uns ein Trend, der vor allem bei jungen Menschen zunehmend zu beobachten ist: nutzen statt besitzen. Diesen Trend wollen wir verstärken und Alternativen zu herkömmlichem Konsumverhalten forcieren – auch, weil hinsichtlich der Rebound-Effekte reine Effizienzstrategien ohne Suffizienz nicht ausreichen.

Die Sharing Economy kann gewerblich oder gemeinnützig sein. Für eine faire Nutzung von Sharing-Angeboten müssen Verbraucher*innen erkennen können, welche Anbieter gewerblich handeln und welche nicht. Hierfür sind besser handhabbare Kriterien notwendig, die beiden Arten der Sharing Economy voneinander abzugrenzen. Vermittlungsplattformen gewerblicher Anbieter müssen gekennzeichnet sein und geltenden Verbraucher*innenschutz umfassend umsetzen. Unter dem Deckmäntelchen des Teilens und der effizienten Nutzung dürfen soziale und arbeitsrechtliche Standards nicht unterlaufen werden.

Das Land Baden-Württemberg hat mit seiner Marktmacht als Einkäufer große Vorbildfunktion. Die unter Grün-Rot beschlossene Anpassung der Beschaffungsregeln, die ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe berücksichtigen, waren richtig. Nun wollen wir einen Schritt weitergehen und die nachhaltige Beschaffung auf Landesebene verpflichtend machen. Dies beinhaltet insbesondere die Betrachtung der Lebenszykluskosten. Damit schaffen wir Märkte für nachhaltige Produkte und wirken lenkend auf effektive Änderungen bei der Produktion hin. Darüber hinaus wollen wir das europäische Vergaberecht ändern.

Projekt: Mit einem Förderprogramm wollen wir Reparaturen an Haushalts- und Elektrogeräten unterstützen. Der „Reparaturbonus“, wie er in der Stadt Graz und dem Land Oberösterreich angewendet wird, zielt auf die Wiederverwendung und Langlebigkeit der Produkte ab.

Projekt: Initiativen wie solidarische Landwirtschaften wollen wir fördern, indem wir Förderprogramme gezielt auf die Strukturen der SoLaWis anpassen.

Projekt: Die Produktverantwortung der Hersteller und Vertreiber soll auf den gesamten Lebenszyklus eines Produkts ausgeweitet werden. Dafür setzen wir uns im Bund und in der EU ein. Dies gilt insbesondere für die Bereithaltung von Ersatzteilen oder die Verpflichtung zu Softwareupdates. Das beinhaltet ein Verbot der Vernichtung von Retour-Sendungen beim Onlinehandel.

Supermärkte und Lebensmittelhändler werfen Tag für Tag große Mengen nicht mehr verkäuflicher Lebensmittel weg. Wir wollen – analog zur französischen Regelung –, dass Supermärkte ab einer Ladengröße von 400 Quadratmeter verpflichtet werden, Lebensmittel, die sie ansonsten wegwerfen würden, an gemeinnützige Organisationen zu spenden.

2.4 Recycling zum Innovationsmotor der Kreislaufwirtschaft machen

Wir wollen den Materialfluss unseres Wirtschaftens schließen zu einer echten Kreislaufwirtschaft. Dafür müssen Produkte von Anfang an so design't sein, dass sie reparaturfreundlich, langlebig und gut recycelbar sind. Das wichtigste politische Ziel für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft ist die Ökodesign-Richtlinie der EU. In den aktuellen Entwürfen der Kommission zur Novelle der Richtlinie nimmt das Thema Material- und Ressourceneffizienz neben den bestehenden Energieeffizienzanforderungen einen wichtigen Raum ein. Produkte sollen so design't sein, dass ihre Einzelteile leicht ersetzt und recycelt werden können. Neue Anforderungen an die Ersatzteilverfügbarkeit, Angabe von enthaltenen kritischen Rohmaterialien und Anleitungen zur Demontier- beziehungsweise Rezyklierbarkeit von Produkten bekommen einen festen Platz. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass dieser Weg stringent und umfassend weiter beschritten wird und die neue Ökodesign-Richtlinie weltweit neue Standards in der Produktverantwortung setzt. Der höchste technologische Standard soll dabei zur Regel werden, wie dies in Japan mit dem Front-Runner-Prinzip schon der Fall ist. Wir wollen Vorbild und Spitzenreiter sein.

Vordringlich ist es, die Recyclingziele über viele Massen-Stoffströme hinweg anzuheben, am dringlichsten bei Kunststoffen, deren Quoten seit 20 Jahren unverändert niedrig sind. Trauriges Ergebnis ist unter anderem die alarmierende Verschmutzung der Meere mit Plastikmüll. Jährlich gelangen zwischen 4,8 und 12,7 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Ozeane. Während die EU-Kommission mit ihrer Plastikstrategie und andere europäische Staaten mit verbindlichen Reduktionszielen und Verboten für Einmalprodukte den Kampf gegen die Plastikflut angenommen haben, fehlt es in Deutschland besonders CDU/CSU und SPD am politischen Willen. Deutschland ist europäisches Schlusslicht bei der Plastikvermeidung und hat in Europa den größten Pro-Kopf-Verbrauch von Plastik. Unnötige Verpackungen und Einwegprodukte sollen vermieden werden und durch wiederverwendbare Mehrwegverpackungen und -produkte ersetzt werden. Anspruchsvolle Recyclingquoten sind ein wichtiger Weg, Materialkreisläufe zu schließen. Außerdem wollen wir die Nachfrage nach recycelten Kunststoffen (Rezyklaten) in allen Branchen fördern. Dass das Bundesverpackungsgesetz eine finanzielle Belohnung von Rezyklateinsatz in Verpackungen vorsieht, ist gut. Wir setzen uns zudem für verbindliche Rezyklatquoten ein. Es ist gut, dass sich alle Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene auf eine Rezyklateinsatzquote von 25 Prozent bei PET-Flaschen verständigt haben. Wir begrüßen außerdem, dass die Landesregierung unter grüner Führung viel dafür getan hat, den illegalen Export von Elektroschrott zu unterbinden. Die Abfallverbringungskontrollen und der Vollzug müssen ausgeweitet werden, um verstärkt illegale Verbringungen von Abfällen aufzudecken und weitere Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Mit gezielten Bauvorschriften können beispielsweise modulare Bau- und Konstruktionsweisen fest verankert werden. Das ermöglicht einen vereinfachten Rückbau und damit auch ein einfacheres Recycling von Baustoffen. Mit innovativen Baustoffen wie bspw. Carbon-Beton-Verbundstoffen kann Beton schon bei der Fertigung eingespart werden. Ressourcen- und energieschonender Recyclingbeton (RC-Beton) ist qualitativ vergleichbar mit Beton aus Primärrohstoffen und kann somit in den Kreislauf zurückgeführt werden. Das schont die Umwelt und spart obendrein Kosten. Den Weg, vermehrt Holz als Baustoff einzusetzen, gehen wir weiter. Wir wollen das Bauen mit Holz weiter fördern und unsere Vorreiterrolle in Deutschland weiter ausbauen. Dafür werden wir die Holzbauoffensive des Landes verstärken und weiterentwickeln, eine Holzbaquote beim staatlichen Hochbau Baden-Württemberg einführen und auf Bundesebene für die Einführung einer nationalen Holzbastrategie nach schwedischem Vorbild einsetzen.

In Deutschland könnten die in kommunalen Abwässern enthaltenen Phosphate einen beträchtlichen Teil des Bedarfs der Landwirtschaft decken. Das von den Pflanzen aus dem Ackerboden aufgenommene

Phosphat gelangt über die Nahrung in Tiere und Menschen, wird größtenteils wieder ausgeschieden und landet so schließlich in den Kläranlagen. Die grün-geführte Landesregierung hat Pilotprojekte auf den Weg gebracht, die Rückgewinnung des Phosphors aus dem unverbrannten Klärschlamm voranzutreiben. Wir unterstützen diesen Weg und wollen Kläranlagen noch stärker zur Rohstoffgewinnung nutzen.

Projekt: Wir werden prüfen, in welchen Bereichen und wie die Einschleusung von Sekundärrohstoffen in Primärprozesse verstärkt vorangetrieben werden kann.

Projekt: Wir wollen eine Recyclingbeton-Quote für Landesliegenschaften einführen.

Pilotprojekt: Wir wollen zusammen mit Unternehmen eine Initiative zur Verwendung von Rezyklatplastik anstoßen und dabei die Verbraucher*innen eng einbinden.

2.5 Digitalisierung grün gestalten und für Ressourcenschutz nutzen

Global wie der Klimawandel und seine Ursachen wirkt auch die Digitalisierung. Die Digitalisierung ist eine Basisinnovation und verändert unser Leben, unser Arbeiten, unsere Kommunikation und unser Wirtschaften. Die erste Phase der Digitalisierung mit steigenden Rohstoff- und Energieverbräuchen hat bereits zur weiteren Verschmutzung unserer Atmosphäre beigetragen. Für eine langfristig klimagerechte Lebens- und Wirtschaftsweise ist daher die grüne Gestaltung der Digitalisierung entscheidend. Wir wollen die Innovationskraft der Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen. Damit diese sich entfalten kann, setzen wir auf das Klimadreieck der Digitalisierung: Klimaneutralität des Energie- und Ressourcenbedarfs der Digitalisierung erreichen, Handeln gegen den Rebound-Effekt und Innovationsförderung.

Energie- und Ressourcenbedarf der Digitalisierung klimaneutral machen

Digitalisierung führt weltweit zu einem steigenden Energiebedarf. Computer und Netze in Deutschland verbrauchten 2017 58,4 TWh Strom, was 2,3 Prozent des Gesamtstrombedarfes und 30,7 Millionen Tonnen CO₂ entspricht. Die Virtualisierung von Prozessen etwa durch Cloud-Dienste und Online-Streaming trägt dazu bei, dass trotz massiven Effizienzsteigerungen in den letzten zehn Jahren der Stromverbrauch nur konstant gehalten werden konnte. Digitale Produkte im Haushalt wie in der Industrie produzieren mehr und mehr Daten, die in Rechenzentren verarbeitet werden. Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir zügig CO₂-neutrale Rechenzentren, die Abwärme nutzen, intelligent kühlen und mit erneuerbarem Strom betrieben werden. Dazu brauchen wir Green-IT im weitesten Sinne, von der Hardwarebeschaffung bis zur Algorithmenoptimierung. Deshalb sind das Land wie die Kommunen und der Bund mit den eigenen Rechenzentren, der Bürokommunikation in der Verwaltung und den Hochschulen in der Pflicht, Energie einzusparen. Beim Land ist die Steigerung des Strombedarfs überwiegend auf den Strombedarf der IT zurückzuführen. Handlungsbedarf sehen wir in der Beschaffung, im Bezug von Ökostrom, und bei CO₂-neutralen Rechenzentren. Das Land Baden-Württemberg muss dabei vorangehen. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des Landes und der Städte und Gemeinden, die vom Land bei der Digitalisierung unterstützt werden, müssen in allen Bereichen, von der E-Akte über Tablets in der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz, klimaneutral werden.

Handeln gegen den Rebound-Effekt

Mit Hilfe der Digitalisierung können wir viel effizienter und mit weniger Ressourcenbedarf wirtschaften, arbeiten und mobil sein. Damit dieses Potenzial genutzt werden kann, darf es nicht dem Rebound-Effekt

zum Opfer fallen. Dieser beschreibt das Phänomen, dass eingesparte Ressourcen umgehend zu mehr Verbrauch führen. Unser politisches Ziel ist es, den Rebound-Effekt zu minimieren. Ein Beispiel ist das autonome Fahren, das wir im Land mit dem Testfeld Autonomes Fahren und im Strategiedialog Automobilwirtschaft vorantreiben. Wir wollen, dass das autonome Fahren nicht zu einer reinen Veränderung des motorisierten Individualverkehrs führt, sondern setzen auf einen individualisierten und flexiblen neuen öffentlichen Verkehr wie autonome Kleinbusse im 24-Stunden-Betrieb – ein neuer iÖPNV, der zur Verlagerung auf den effizienteren Verkehrsträger beiträgt. Autonome Fahrzeuge können leicht zu zusätzlichem Verkehr mit Leerfahrten und unendlichem Parksuchverkehr führen – darum gehört unser Einsatz für das autonome Fahren und unser Einsatz für die Bepreisung des öffentlichen Raums untrennbar zusammen.

Digitale Innovation massiv fördern

Der globale Klimaschutz braucht neue Ideen, die bisher noch niemand gedacht oder noch niemand entwickelt hat. Darum setzen wir mit der von der grün-geführten Landesregierung ins Leben gerufenen Digitalisierungsstrategie des Landes massiv auf offene Innovation, deren Ergebnisse nicht politisch vorgegeben sind. Die bereits greifbaren digitalen Innovationen für den Klimaschutz bringen wir in die Fläche. Zum smarten Verkehr gehören Echtzeit-Apps und komfortables Ticketing für den ÖPNV und die vernetzte Mobilität. Videokonferenzen und Teleworking sind moderne Tools der Verkehrsvermeidung. Wir wollen sie im öffentlichen Dienst mehr nutzen. Die digitale Steuerung der Energienetze, besonders des Stromnetzes, ist entscheidend dafür, 100 Prozent Erneuerbare zu erreichen. Darum ist das Land bereits Vorreiter bei Smart Grids. Der Ausgleich zwischen Erzeuger und Verbraucher*innen kann unter anderem durch Deep Learning zur Mustererkennung noch besser gesteuert werden. Die notwendige Forschung dazu wird in Karlsruhe betrieben. Im Bereich der Produktion gilt schon heute: Ungesteuerter Verbrauch von Ressourcen verschwindet. Digital ist effizient! In Baden-Württemberg machen sich Unternehmen auf, Wirtschaft 4.0 umzusetzen. Dabei unterstützt das Land zum Beispiel eingebettete Sensoren und Echtzeit-Datenanalyse in der Produktion, die den Rohstoffverbrauch und den Energiebedarf senken und gut fürs Klima sind. Dafür steht unser Projekt der Ultraeffizienzfabrik.

III Ausblick: Leben innerhalb der planetaren Grenzen

Unser Planet ist erschöpft. Wir leben über unsere Verhältnisse. Und die Klimakrise hat unabsehbare Folgen auf das gesamte Ökosystem der Erde. Das zerstörerische, ressourcenverbrauchende Wachstum der Industrieländer hat keine Zukunft. Wir wollen die planetaren Grenzen achten und hinterfragen Wachstum kritisch. Der „Earth Overshoot Day“ schreitet immer mehr in die Mitte des Jahres. An diesem Tag sind nicht nur die endlichen Ressourcen, sondern auch die nachwachsenden eines Jahres verbraucht. Wir haben das technische Wissen, Wege aus der Krise zu finden. Baden-Württemberg als eine der reichsten Regionen Europas und der Welt erkennt seine historische Verantwortung an, diese ökologische Evolution voranzutreiben. Wir bekennen uns außerdem zur Verantwortung von Baden-Württemberg gegenüber Menschen, die aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen. Wir sehen Baden-Württemberg in der Pflicht, sich national und international für die Realisierung von Klimapässen einzusetzen. Bewohner*innen, welche in Regionen leben, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, muss es ermöglicht sein, durch eine selbstbestimmte und legale Migration eine neue Heimat zu finden. Diese Klimapässe sollen zusätzlich und nicht alternativ zu bereits bestehenden Initiativen und Forderungen der bedrohten Regionen etabliert werden.

Wir werden unseren Anteil zur Bekämpfung der Klimakrise leisten und Vorreiter sein, um zu beweisen: Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität sind möglich, ohne dauerhaft auf Kosten des Planeten zu leben und zu wirtschaften. Mit Beginn unserer grün-geführten Regierung in Baden-Württemberg haben wir Fenster und Türen aufgestoßen. Das war dringend nötig. Veränderung braucht Mut und entschlossenes Handeln. Wir begreifen die Evolution hin zu einer klimaneutralen, dekarbonisierten Gesellschaft als eine immense Chance. Das Ende des fossilen Industriezeitalters kann der Beginn einer neuen, begeisternden grünen Wirtschaft sein. Einer Wirtschaft, die Wohlstand sichert und gleichzeitig Natur achtet und schützt.